

Eine Region kämpft gegen Strommasten

Bürgerprotest „Unsere letzten Hoffnungen setzen wir auf Minister Ehlen, er als Landwirt muss Verständnis dafür aufbringen, dass wir keine riesigen Strommasten in unserer Feldmark haben wollen.“ So die Meinung von Helga Möhring-Bening und Hiltraud Lindemann. Die beiden Landfrauen gehören zur Speerspitze gegen den Bau einer 380-kV-Überlandleitung von Ganderkesee nach St. Hülfe bei Diepholz. Sie verlangen stattdessen Erdverkabelung.

Schon seit fast drei Jahren rumort es in dem Landstrich rund um die Wildeshäuser Geest. Nur durch reinen Zufall erfuhren die Menschen, dass der Stromversorger E.ON eine 60 Kilometer lange Freileitung plant, die ca. 90 Millionen Euro kosten und schon ab 2007 Energie von einem Umspannwerk zum anderen transportieren soll. „Erst als Biologen auf unseren Äckern mit der Kartierung begannen, haben wir davon Wind bekommen“, bemerkt Landwirt Friedrich-Wilhelm Bening aus Rüssen und informiert sich über die mangelnde Informationspolitik seitens der Behörden.

Die Leitung mit den über 60 Meter hohen Masten würde nur 400 Meter vom Hof entfernt vorbei führen. Nicht nur auf einem Teil der 100 ha Acker sollen die überdimensionierten Fundamente (8x8 Meter je Masten) gegossen werden, die Leitung würde zu dem noch einen Teil der zum Hof gehörenden 72 ha Wald durchschneiden. „Die Natur hier am Rande der Wildeshäuser Geest und des Diepholzer Moores, wo Kraniche und Singschwäne rasten und 25 % der bundesdeutschen, vom Aussterben bedrohten Wiesenweihen brüten, wäre ein für allemal verloren.“

Landwirte fürchten Wertverlust

Nicht nur Naturschützer und Jäger Bening läuft gegen das Vorhaben des Energiegiganten Sturm. Mittlerweile gehören mehr als 3 500 Menschen entlang der Referenztrasse zur Interessengemeinschaft „Vorsicht-Hochspannung“ (www.vorsicht-hochspannung.com).



Hiltraud Lindemann (li.), couragierte und engagierte Kommunalpolitikerin aus Colnrade, kämpft ebenso gegen die die schöne Landschaft verschandelnden hohen Strommasten wie Helga Möhring-Bening und deren Ehemann Friedrich-Wilhelm Bening. Unmittelbar hinter ihrem Hof in Rüssen im Landkreis Diepholz würde die Trasse verlaufen.

Viele Landwirte sind dabei, die um den Wertverlust ihrer Betriebe bangen, Eigenheimbesitzer, die viel Geld in ihr Anwesen gesteckt haben, und auch die Kommunalpolitik sowohl in Oldenburg als auch im Landkreis Diepholz steht geschlossen hinter der IG.

„Nur mit unserer Landesregierung haben wir so unsere Probleme“, meint Hiltraud Lindemann. Sie ist Bürgermeisterin im benachbarten Colnrade, strebt im Herbst das Amt der Samtbürgermeisterin an und steht politisch keineswegs oppositionell zu den Regierenden in Hannover. „Trotzdem kämpfe ich gegen die Leitung und verlange ein Gesamtkonzept. Das habe ich auch schon Ministerpräsident Wulff geschrieben – aber passiert ist nichts“, wettet die couragierte

Politikerin, die zusammen mit ihrem Mann Heiner einen 115-Hektar-Betrieb mit Schweinezucht im Ort Beckstedt bewirtschaftet. Den Hof soll einmal der derzeit Agrarwissenschaften studierende Junior Arno übernehmen. „Schon deshalb sind wir in der Pflicht, den Hof zu erhalten.“

Die Menschen in der Region haben auch Angst vor den elektromagnetischen Strahlen. Der in Deutschland zulässige Strahlungsgrenzwert liegt bei 100 Mikrottesla, während der internationale Vorsorgewert nur einen Wert von 0,2 Mikrottesla vorsieht. „Schon jetzt ist klar, dass es nicht bei den 380 kV bleibt, sondern die dann bestehenden Leitungen auf 760 kV aufgerüstet werden“, wirft Johanna Bening bei einem Gespräch mit dem „Wochenblatt“ ein. Sie möchte

nach Beendigung ihres Studiums ihren Lebensmittelpunkt auf dem elterlichen Hof in Rüssen haben, der seit 1545 im Familienbesitz ist.

Die IG hat in der letzten Zeit alle Register gegen die Trasse gezogen. Nicht nur der niedersächsische Landtag musste sich anlässlich einer eigens zu der Thematik anberaumten Anhörung damit befassen, auch wurde erreicht, dass ein neues Gutachten (Oswald-Studie) in Auftrag gegeben wurde. Darin wurde festgestellt, dass eine Erdverkabelung technisch machbar ist, was bisher von Europas größtem Energiekonzern bezweifelt wurde. Dagegen wurde die Gasisolierte Leitungstechnik (GIL = Gasisolierte Leitungstechnik der Fa. Siemens) in Deutschland entwickelt worden. „Diese Technologie muss hier zur Anwendung kommen. Die Trasse eignet sich hervorragend durch die geographischen Gegebenheiten als Pilotprojekt. Diese Chance sollte das Land Niedersachsen nicht verpassen, wenn es wirklich innovativ sein will“, betont Hiltraud Lindemann.

Des Weiteren lehnt E.ON aus Kostengründen eine Erdverkabelung ab. Die GIL würde viertel teurer sein als eine Freileitung, allerdings sind in dieser Kalkulation noch nicht die volkswirtschaftlichen Schäden berücksichtigt worden. Nach Berechnungen des Landwirtschaftsmittelweser lägen die Mehrkosten für die GIL, bei weniger als fünf Eurocent pro Jahr und Haushalt. Stromausfälle durch Naturkatastrophen gehörten bei einer Erdverkabelung der Vergangenheit an.

Bevölkerung wachrütteln

Ihren Kampf gegen die Freileitung vor der eigenen Haustür, die vom Energieriesen E.ON als Lückenschluss bezeichnet wird, werde nicht nur aus Eigeninteresse geführt, versichern sowohl Familie Bening als auch Hiltraud Lindemann. Sie wollen

Schöpfungsverantwortung ist die Balance aus Bewahrung und Behauung der Schöpfung als anvertraute Gabe Gottes. Der Schutz des schwächeren Teils und die Rückholbarkeit von Fehlentwicklungen sind darin starke Kriterien. Auch die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens ist nach protestantischem Verständnis ein Teil dieser Verantwortungsabnahme.

(Pastor Stephan Wichter von Holten, Umweltbeauftragter der ev.-luth. Landeskirche Hannover, in einem Schreiben an die Regierungvertretung Oldenburg wegen der Freileitung)

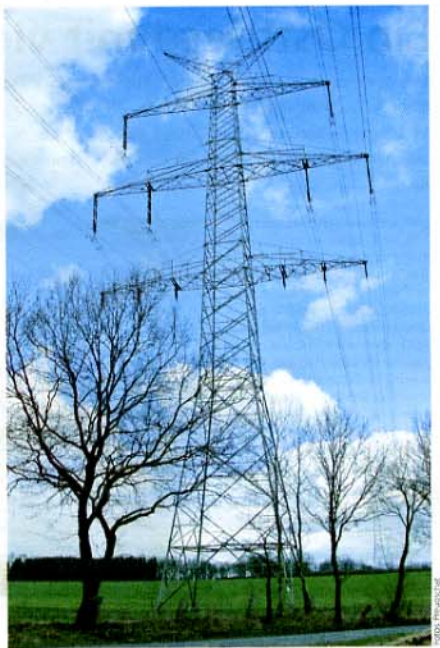
auf. „Welch ein Landschaftsbild wollen wir den nachfolgenden Generationen zumuten? Wir müssen uns bemühen, unsere Schöpfung zu bewahren. Diese gigantische Freileitung wäre ein gewaltiger Eingriff in unseren Lebensraum!“

In Diskussionen soll allerdings auch schon von Vertretern des Energiekonzerns gesagt worden sein, dass sie die Leitungen in die Erde legen würden, wenn denn aus Hannover die entsprechende Anweisung käme.

Ermessensspielraum ausnutzen

Jetzt warten die Diepholzer und Oldenburger auf ein Machtwort von Minister Hans-Heinrich Ehlen, dessen Behörde seit drei Jahren auch für Entwicklung des ländlichen Raumes zuständig ist und der Regierungsvertretung in Oldenburg entsprechende Anweisungen geben könnte. Dort versteckt man sich vermutlich hinter dem Raumordnungsprogramm. „Die Landesregierung muss nur ihren Ermessensspielraum ausnutzen“, meint dagegen Kommunalpolitikerin Lindemann. Sie fordert weiterhin: „Umweltschonend erzeugte Energie muss auch umweltschonend transportiert werden!“

Werner Preugschat



Solche Strommasten mit über 60 Meter Höhe wie hier bei Ganderkesee wollen die Bürger rund um die Wildeshäuser Geest nicht haben. Sie ziehen derzeit alle Register, um eine 60 Kilometer lange Freileitung zu verhindern. Sie verlangen Erdverkabelung.

Warum Freileitung und kein Erdkabel?

Stellungnahme Bernhard Heidrich, Regierungsvertretung Oldenburg des Niedersächsischen Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, nimmt aus Behördensicht zu der geplanten Stromleitung Stellung:

Im Rahmen des Raumordnungsverfahrens für die geplante Leitung wurde von den Landkreisen, Gemeinden und Privatpersonen die Erdverlegung der Leitung gefordert, um Auswirkungen auf das Landschaftsbild und auf die menschliche Gesundheit (Elektrosmog) zu vermeiden.

Um im Raumordnungsverfahren auf umfassenden Informationen aufbauen zu können, wurde ein ergänzendes Gutachten „Vergleichsstudie zu Übertragungsalternativen“ in Auftrag gegeben. Gegenstand dieser Studie ist ein Vergleich der Übertragungssysteme Freileitung, Kabel und Gasisolierte Leitung aus technischer, betriebswirtschaftlicher und umweltfachlicher Sicht.

Die vom Institut ForWind vorgelegte Vergleichsstudie belegt für die Ausführungsvarianten Freileitung, VPE-Kabel (kunststoffisoliertes Kabel) und Gasisolierte Leitung die techni-

sche Machbarkeit, kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass die Freileitung aus betrieblicher und wirtschaftlicher Sicht in allen betrachteten Fällen eindeutig die beste Lösung darstellt. Eine Erdverlegung würde 3- bis 11fache Investitionskosten mit sich bringen.

Auch bei einer Gesamtwirtschaftlichkeitsbetrachtung über einen Zeitraum von 40 Jahren, die insbesondere die geringeren Durchleitungsverluste bei einer Erdverlegung berücksichtigt, ist die Erdverlegung um den Faktor 2 bis 5 teurer. Das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersach-

sen 1994 regelt unter C 1.6 09 „Hochspannungsfreileitungen sind, soweit technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar, zu verkabeln.“

Diese Aussage ist ein Ziel der Raumordnung und damit eine wesentliche Entscheidungsgrundlage für das Raumordnungsverfahren. Vor dem Hintergrund dieser rechtlichen Vorgabe wird eine Ablehnung der von E.ON Netz beantragten Freileitung zugunsten einer Erdverlegung im Rahmen des Raumordnungsverfahrens insbesondere wegen der zu erwartenden Mehrkosten voraussichtlich nicht erfolgen.